

UN-Menschenrechtsrat

Erste Außerordentliche Sitzung Resolution S-1/Res.1 (2006)
Menschenrechtssituation in den besetzten palästinensischen Gebieten

Der Menschenrechtsrat,

gemäß den Prinzipien und Zielen der Charta der Vereinen Nationen, dem humanitären Völkerrecht und den bindenden Verpflichtungen der Internationalen Menschenrechte

bekräftigt die Anwendung der Genfer Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten vom 12. August 1949, auf die besetzten palästinensischen Gebiete, Ost-Jerusalem und den anderen besetzten arabischen Gebieten,

bekundet sein tiefe Besorgnis über den Bruch mit dem humanitären Völkerrecht und dem Menschenrecht in den besetzten palästinensischen Gebiete durch die Besatzungsmacht Israel, einschließlich den willkürlichen Inhaftierungen palästinensischer Minister, Mitglieder des palästinensischen Legislativrates sowie weiteren offiziellen Vertretern, genauso wie die willkürliche Inhaftierung von Zivilisten, die militärischen Angriffe auf palästinensische Ministerien, einschließlich des Büros des Premiers und die Zerstörung der palästinensischen Infrastruktur, einschließlich der Wasserwerke, Elektrizitätswerke und Brücken;

1. *äußert die ernsthafte Besorgnis* über die Verstöße der Menschenrechte gegenüber des palästinensischen Volkes durch die Besatzungsmacht Israel, einschließlich den gegenwärtigen umfangreichen israelischen militärischen Operationen gegen Palästinenser in den besetzten palästinensischen Gebieten;
2. *fordert* die Besatzungsmacht Israel dazu auf, die militärischen Operationen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu beenden, das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte zu wahren sowie Abstand von den kollektiven Bestrafungen gegenüber der palästinensischen Zivilbevölkerung zu nehmen;
3. *drückt seine tiefe Besorgnis* über die Auswirkungen der fortlaufenden israelischen Militäroperationen auf die sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes aus;
4. *fordert* die Besatzungsmacht Israel dazu auf, die verhafteten palästinensischen Minister, Mitglieder des palästinensischen Legislativrates, offizielle Vertreter sowie verhaftete palästinensische Zivilisten frei zu lassen;
5. *fordert* alle beteiligten Parteien dazu auf, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten, von Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung Abstand zu nehmen und unter allen Umständen alle inhaftierten Kombattanten und Zivilisten gemäß der Vierten Genfer Konvention zu behandeln;
6. *entschließt* sich zu der Entsendung einer Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des Sondergesandten für Menschenrecht in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten;
7. *Ruft* zu Verhandlungen auf, um die gegenwärtige Krise zu lösen

Ja-Stimmen: Algerien, Argentinien, Aserbeidschan, Bahrain, Bangladesch, Brasilien, China, Kuba, Ecuador, Ghana, Guatemala, Indien, Indonesien, Jordanien, Malaysia, Mali, Mauritius, Marokko, Pakistan, Peru, Philippinen, Russische Föderation, Sambia, Saudi-Arabien, Senegal, Südafrika, Sri Lanka, Tunesien, Uruguay.

Enthaltungen: Kamerun, Mexiko, Nigeria, Republik Korea, Schweiz

Nein-Stimmen: Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, Niederlande, Nordirland, Polen, Rumänien, Tschechische Republik,

Ukraine.